

Rechts vom Rechtsruck

Im Rücken der nationalkonservativen PiS-Regierung etablieren sich in Polen fremdenfeindliche Gruppierungen. Auch in prosperierenden Regionen wie Wroclaw

VON JAN OPIELKA



REUTERS/WOJCIECH NEKANDA TREPKA/AGENCJA GAZETA

Antisemitische Aktion: Anhänger des National-Radikalen Lagers (ONR) verbrennen in Wroclaw (Breslau) eine Puppe, die einen Juden repräsentieren soll.

WROCLAW. Das Büro von Karol Wilk in der westpolnischen Großstadt Wroclaw (Breslau) ist frisch bezogen, ein Schild am Eingang fehlt, die Regale im Raum sind leer. Der 27-jährige Aktivist der rechtsextremen Partei Nationale Bewegung (RN) macht mit seinen jugendhaften Gesichtszügen und dem unauffälligen Kragenpulli nicht den Eindruck, einer Gruppierung anzugehören, die scharf gegen Flüchtlinge agitiert. „Wir wollen einen radikalen Wandel unseres Vaterlandes, aber radikal ist nicht gleichbedeutend mit Gewalt“, sagt Wilk, Mitglied des politischen Rats der RN, in aller Ruhe. Vielmehr müsse das politische System radikal geändert werden, es sei mit seinen Eliten eine Fortsetzung des Kommunismus, wie er vor 1989 bestanden habe. Auch wolle die RN echte Souveränität und polnisches Nationalinteresse stärken, die EU-Mitgliedschaft sei nicht zwingend, befindet er. „Denn bislang regiert nicht Brüssel die EU, sondern Berlin.“

Völkische Rhetorik

Auch in anderen Fragen, wie der Flüchtlingspolitik, ist die RN ganz nahe an der in Warschau seit Oktober dieses Jahres alleinregierenden nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Ihr Chef Jaroslaw Kaczynski sprach denn auch im Wahlkampf von möglichen „Parasiten“ in den Körpern der Flüchtlinge, die er aus Polen fernhalten möchte. Wilk versucht, seine Gruppierung dennoch von der PiS-Konkurrenz abzusetzen. „In der Frage von Flüchtlingen, in der die PiS laivert, sollte es ein Referendum geben, denn unter ihnen können auch viele Terroristen sein.“

Das ist an der Weichsel zwischen politisch akzeptierte Sprache. Doch so milde, wie es die Aussagen des jungen Juristen vermuten lassen, sind etliche Anhänger der RN keineswegs. Die 2014 aus der Taufe gehobene Partei ist ein Bündnis von mehreren Dutzend rechten und rechtsradikalen Organisationen, deren Mitglieder mitunter für Gewalttaten verantwortlich zeichnen. „Rassistisch motivierte Vorfälle haben seit September in ganz Polen massiv zugenommen“, berichtet Anna Tatar vom antirassistischen Verein Nigdy wiecj (Nie wieder), der solche Taten seit Jahren dokumentiert. Rechtsgerichtete Gruppierungen erhalten immer größeren Zulauf.

Demos gegen Flüchtlinge und Muslime – die es in Polen kaum gibt – finden inzwischen regelmäßig und in vielen Städten des Landes statt. „Fickt den Islam“ oder „Wir machen

mit euch, was Hitler mit den Juden tat“, wird dort nicht nur von Hooligans skandiert.

Von derartiger Sprache und von Gewalt distanziert sich die RN. Denn die Gruppierung muss sich zivilisierter geben, seit sie in Warschau politisch bedeutender wurde. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 ist sie zwar nicht eigenständig in den Sejm, die Unterammer des Parlaments, gelangt. Jedoch schafften es rund ein Dutzend RN-Politiker über Listen der gemäßigt rechtspopulistischen Gruppierung Kukiz'15 des Rocksängers Pawel Kukiz in den Sejm. Unter den 42 Kukiz-Abgeordneten stellen die RN-Kader zwar die Minderheit. Doch Beobachter mutmaßen, dass sie im Laufe der nächsten Jahre der Kukiz-Gruppierung ihren Stempel aufdrücken könnten.

Im Parlament haben die RN-Vertreter bereits eine „national-demokratische Gruppe“ aus der Taufe gehoben, die auch Parlamentarier anderer Parteien umfasst. Mit Krzysztof Bosak (33) oder RN-Chef Robert Winnicki (30) verfügt die RN zudem über junges, rhetorisch gut geschultes Führungspersonal. Seit dem Parlamentseinzug versuchen sie in den Mainstream vorzudringen, gastieren immer häufiger in TV und Hörfunk – und machen sich mit umstrittenen Thesen bekannt. „Europa wird im Blut von ethnischen Brüdern schwimmen, weil die europäische Linke ihre Gesellschaften einer Gehirnwäsche unterzogen hat und mit ihrer Multikulti-Politik nationale Identitäten schwächt“, so Winnicki Anfang November in einer bekannten TV-Polit-Sendung.

Bosak und Winnicki stammen, wie so viele führende Kader der rechten Szene, aus Wroclaw. Viele Polen rieben sich in den letzten Monaten die Augen, als die 640 000-Einwohner-Stadt nicht nur durch rechte Märsche, sondern auch Gewalt gegen Ausländer und linke Aktivisten in die Schlagzeilen geriet. Denn sie gilt weithin nicht nur als wirtschaftliche Boomtown, in der sich führende polnische und ausländische Unternehmen angesiedelt haben und die Arbeitslosigkeit mit 3,5 Prozent deutlich unter den landesweiten zehn Prozent liegt. Wroclaw ist mit seinen rund 100 000 Studierenden auch eines der wichtigsten Bildungs- und Forschungszentren Polens. Die reiche Kulturszene wirkt wie ein Magnet auf junge polnische Binnenmigranten, die zum Lernen und Arbeiten hierherkommen – und mitunter die rechte Szene stärken.

Den Stadtverantwortlichen bereitet etwa die Gruppierung Natio-



In 14 von 16 Wojewodschaften konnte die PiS bei der Parlamentswahl im Oktober die meisten Stimmen gewinnen.

BLZ/HECHER

PROTESTE GEGEN REGIERUNG

Seit November 2015 regiert in Polen die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Premierministerin Beata Szydlo mit absoluter Mehrheit. Die PiS positioniert sich klar rechts, erklärte Vorbild von PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski ist Ungarns Fidesz-Partei, geführt von Viktor Orban.

In den ersten Regierungswochen besetzte die Partei wichtige Institutionen (etwa die Geheimdienste) mit PiS-nahen Gefolgsleuten und sorgt mit ihrem umstrittenen Vorgehen gegen das Verfassungsgericht für scharfe Kritik im In- und Ausland. Zuletzt sind ihre Zustimmungswerte laut Umfragen deutlich zugunsten der liberalen Oppositionspartei Moderne (Nowoczesna) gesunken.

Am vergangenen Wochenende haben in Polen Zehntausende Bürger in mehr als 20 Städten für Demokratie und gegen die PiS-Regierung demonstriert. Die Teilnehmer hielten vor dem Parlament Spruchbänder wie „Nein zur Diktatur“ und „Hände weg vom Verfassungsgericht“ hoch. Auch in Wroclaw wurde gegen die Regierung demonstriert. Dort füllten die Demonstranten den Marktplatz.

nales Wiedererwachen Polens (NOP) Kopfzerbrechen. In Wroclaw ist die NOP, von Skinheads dominiert und neonazistisch geprägt, so stark wie in kaum einer anderen Stadt. Ideologisch aufgeladen wurden und werden die NOP-Anhänger durch aus Wroclaw stammende, rechtsextreme oder neonazistische Bands wie Legion oder die inzwischen aufgelöste Konkwista 88. Am 11. November, dem polnischen Unabhängigkeitstag, konnte die NOP in Wroclaw rund 10 000 Demonstranten auf die Straße bringen, Unternehmen wie IBM ermahnten ihre Mitarbeiter, vorsichtshalber zu Hause zu bleiben. Die NOP agitiert gegen EU und Migranten und für ein „großes katholisches Polen“, das frei von Schwulen sein sollte.

Auf Gesprächsanfragen indes reagieren die NOP-Aktivistinnen in Wroclaw nicht, zumal auf keine von deutschsprachigen Medien. Denn gerade alles Deutsche gilt ihnen als feindlich – nicht zuletzt in ihrer Stadt Wroclaw, die vor 1945 zwei Jahrhunderte lang preußisch und deutsch war. Die heutige polnische Bevölkerung der Stadt ist nach dem Krieg mehrheitlich aus den 1945 der Ukraine zugeschlagenen ehemaligen Ost-Gebieten hierhin umgesiedelt worden. Ist dies der Humus für die Stärke der Rechten, die ihre „Festung Wroclaw“ polnisch halten wollen?

Darauf deuten Einträge auf der NOP-Homepage hin. Dort heißt es in Bezug auf eine Demonstration am 13. Dezember, dem Jahrestag der Auslösung des Kriegsrechts in Polen 1981: „Stadtpräsident Rafal Dutkiewicz bekam die Quittung für die Germanisierung der Stadt, für den Versuch, Wroclaw als Breslau zu bewerben, für die Umleitung der Gewinne aus Bauvorhaben an deutsche Firmen und den Verkauf von Grundbesitz an die jüdische Gemeinde mit einem Rekordrabatt von 99 Prozent!“

Gegen Juden agitiert die NOP ebenso stark wie die Gruppierung National-Radikales Lager (ONR). Bei einer ONR-Demo auf Wroclaws zentralem Marktplatz gegen Flüchtlinge im November verbrannten Teilnehmer eine Puppe in Menschengröße, die einen Juden repräsentieren sollte. Stadtpräsident Dutkiewicz stellte Strafanzeige, etliche Gruppen und Persönlichkeiten protestierten und setzen sich für eine Stadt der Toleranz ein. Doch das braune Problem wächst.

Auch Michal Syska ist beunruhigt ob der neuen Stärke der Rechten – nicht nur in seiner Stadt. Der Jurist und Publizist sitzt in dem kleinen Büro des von ihm geleiteten

Lasalle-Instituts für gesellschaftliche Fragen in Wroclaws Zentrum. Die vielen Splitterorganisationen der extremen Rechten in Polen, sagt Syska, seien miteinander verflochten. „Gruppierungen wie die RN, NOP oder ONR sind zwar häufig zerstritten, aber sie durchdringen einander.“ Eine Spezifik Polens sei zudem, dass es keine klare Trennlinie zwischen der konservativen Rechten einerseits und den Rechtsradikalen andererseits gäbe. Damit gehe auch die relativ breite Akzeptanz der radikalen Rechten in der Bevölkerung einher.

Hoffen auf die Linke

Was heißt das nun für die nahe Zukunft? Die RN, aber auch andere rechte Gruppen dürften jetzt darauf hoffen, dass die in Warschau regierende PiS einerseits den nationalistischen Zeitgeist weiter befeuert und zugleich den radikaler gesinneten Teil ihrer Wähler enttäuscht – und diese sich künftig weiter nach rechts orientieren. „Die RN wird versuchen, sich als polnische Jobbik zu etablieren“, sagt Syska. Tatsächlich bestehen bereits enge Kontakte zu der rechtsextremen Partei in Ungarn. Jobbik-Vertreter traten beim durch die RN organisierten „Marsch der Unabhängigkeit“ am 11. November in Warschau auf, ihre Führung gratulierte den polnischen Sinnungsgenossen zum Wahlerfolg.

Andere Beobachter hoffen hingegen auf einen neuen Linksschwenk, sollte die PiS scheitern. Denn zwar könnte in ein paar Jahren „die Wut die Menschen in die Arme der Nationalisten treiben“, sagt etwa der US-amerikanische Politologe und Polen-Kenner David Ost. Aber auch eine erneuerte Linke könnte diese Wut bündeln. „Wenn sie keine Angst davor haben wird, eine leicht nationale Sprache zu sprechen“, sagt Ost. Doch die polnische Linke liegt am Boden, keine einzige linke Partei ist im neuen Sejm vertreten. Die Postkommunisten sind zerstritten, die neue Linke Razem (Zusammen) muss erst zeigen, ob sie sich als neue Kraft gegen den nationalistischen Zeitgeist – und die tief verwurzelten nationalistischen Traditionen – stellen kann.

Karol Wilks Hemd ist am heutigen Tag nicht braun. „Unsere Positionen sind völlig demokratisch“, sagt er pflichtschuldig. „Wenn jemand behauptet, dass wir mit Schlagstöcken das Parlament stürmen wollen, dann stimmt das natürlich nicht.“ Sie müssen es auch gar nicht stürmen. „Unsere Vertreter“, sagt Wilk, „können heute von der Sejm-Rednerbühne sprechen.“